

# Protokoll der zweiten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 2.2.2010

Anwesenheitsliste: siehe Anlage 1

## **TOP 1: Begrüßung durch die Vorsitzende**

Die Vorsitzende, Petra Janke-Schmidt, begrüßte die Anwesenden. Sie kündigte an, dass sie wegen eines beruflichen Termins gegen 19.00 Uhr die Sitzungsleitung an ihren Vertreter, Herr Körber, weitergeben müsse.

## **TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Vertreterin der Schulen, Frau Klaus, sowie deren Vertreter, Herr Maas, waren entschuldigt. Da ansonsten alle stimmberechtigten Mitglieder des Unterausschusses anwesend waren, konnte die Beschlussfähigkeit festgestellt werden.

Als Gäste nahmen die am 29.1.2010 in der konstituierenden Sitzung zum Jugendstadtrat gewählte Sprecherin, Pia Kürbis, und der gewählte Sprecher, Christian Preuße, sowie als Vertreterin der Fraktion „Aufbruch!“ Frau Knopp teil.

## **TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 14.1.2010**

Das Protokoll und die Anlagen, einschließlich der erbetenen Begründung des Stadtjugendrings zu den Richtlinienänderungen hatten alle Mitglieder erhalten.

Frau Silber-Bonz ergänzte das Protokoll mit dem Hinweis, dass auch Sie um diese Begründung gebeten habe. Ansonsten gab es keine Einwände gegen das Protokoll.

**Die Vorsitzende schlug vor, die vorgelegte Tagesordnung durch den Tausch der Tagesordnungspunkte 4 und 6 zu ändern. Hierzu gab es keine Einwände.**

## **TOP 4: Handlungsfeld Jugendverbandsarbeit - Änderung der Zuschussrichtlinien.**

Frau Silber-Bonz erklärte, bei der Diskussion in ihrer Fraktion habe sich als Problem die Finanzierung der Mehrausgaben ergeben. Sie regte an, ob der Zuschuss nicht durch eine Erhöhung der Eigenanteile z.B. bei Feriennaherholungen oder durch eine soziale Staffelung der Teilnehmerbeiträge vermindert werden könnte.

Herr Misch verwies darauf, dass dies vor Ort bereits geschehe. Die Träger der Maßnahmen hatten z.B. Geschwisterermäßigungen, die nicht zusätzlich bezuschusst würden. Zudem sei eine Überprüfung der Berechtigung für Sozialermäßigungen über die Richtlinien nicht praktikabel.

Herr Liedtke erinnerte an den Geist von Förderrichtlinien. Ein Teilnehmerbeitrag von 50% bei Ferienfreizeiten sei akzeptabel, bei Feriennaherholungen gebe es vonseiten der Stadt jedoch ein erhebliches Interesse, dass möglichst viele Kinder daran ohne große bürokratische Hemmschwellen teilnehmen könnten. Auch Bildungsmaßnahmen sollten aus diesem Grund möglichst kostenfrei für die Teilnehmer sein.

Herr Kourkoulos erklärte, dass die SPD die Änderungen beschließen werde. Aus eigener Erfahrung verwies er darauf, dass ein Eigenanteil für Teilnehmer bei Bildungsmaßnahmen diese von der Teilnahme abhalten würde. Schon lange werde bei Bildungsmaßnahmen ein erheblicher Eigenanteil durch den Träger selbst erbracht.

Herr Quiter warnte davor, eine soziale Staffelung und die Höhe der Förderung zu vermischen. Die Förderung müsse aus Verwaltungsvereinfachung pro Kopf erfolgen, die soziale Staffelung beim Einsatz dieser Förderung sei Aufgabe des Trägers, die auch umgesetzt werden. Er erläuterte, dass die Verwaltung die Änderungen der Richtlinien für richtig halte, es im FB 5 jedoch keinen Deckungsvorschlag für eine dadurch notwendige Erhöhung des Haushaltsansatzes gebe und diese im Haushaltsentwurf

auch noch nicht eingebracht seien. Dies bleibe eine politische Entscheidung. Er schlug vor, die neue Förderstruktur zu verabschieden und die notwendige Finanzausstattung im Jugendförderplan zu verankern, jedoch einzukalkulieren, dass zumindest für 2010 eine entsprechende Finanzierung nicht möglich sei.

Frau Lüders erklärte, dass die CDU-Fraktion den Bedarf grundsätzlich sehe, jedoch noch Gesprächs- und Informationsbedarf bei der geplanten Strukturförderung habe. Bei der Diskussion um Bildungsmaßnahmen müsse berücksichtigt werden, dass durch diese die Attraktivität des Ehrenamtes gesteigert werde. Frau Schulenburg und Frau Silber Bonz erklärten ebenfalls, dass ihre Fraktionen die Änderungen unterstützen, verwiesen aber auch auf die Probleme der Finanzierung.

Herr Falk erklärte, für ihn sei dieser Entwurf ein Entwurf der auf die Zukunft gerichtet sei, mit neuen, wichtigen Elementen. Der Haken der unsicheren Finanzierung sei allen bekannt und müsse in Kauf genommen werden. Man solle jetzt den ersten Schritt gehen. Frau Janke-Schmidt unterstützte dies und verwies auf die Signalwirkung nach außen für eine Jugendarbeit, die in starker Konkurrenz zur Schule stehe. Die Ansätze seien seit 20 Jahren nicht erhöht worden. Die sei jetzt notwendig, um die Jugendverbände in die Lage zu versetzen, ihren Platz zu finden.

Herr Quiter plädierten dafür, die Jugendarbeit mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit anzuerkennen und durch einen positiven Beschluss zur neue Strukturförderung die Möglichkeit zu geben, diese finanziell zu unterstützen. Frau Janke-Schmidt und Herr Körber verwiesen darauf, dass nicht nur bei ihnen Jugendleiter z.T. ihre Teilnahme an Fahrten bezahlen müssen, da der Träger nicht diese Kosten ohne weitere Zuschüsse übernehmen könne. Hier könne die Strukturförderung helfen.

Herr Misch verwies auf die durch die Neufassung der Richtlinien gegebenen Vereinfachungen für Integrationsmaßnahmen und internationale Begegnungen. Die Erhöhung der Fördersätze sei ein zweiter Teil. Die Maßnahmen werden auch bei ausbleibender Erhöhung der Finanzmittel gefördert, jedoch nicht im vollen Umfang.

Herr Körber schlug vor, die Richtlinien getrennt von der Haushaltssituation zu sehen und zu verabschieden. Die Richtlinien seine zukunftsorientiert. Wie eine volle Finanzierung möglich sei, müsse dann Jahr für Jahr geklärt werden. Sollte eine Erhöhung jetzt nicht zustande kommen, sei dies schade, müsse aber akzeptiert werden.

Da Frau Lüders für die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf zur Strukturförderung anmeldete, schlug Herr Quiter vor, einen Beschlussvorschlag zum JHA zu formulieren, über diesen aber nicht empfehlend abzustimmen, sondern diesen im JHA beraten und beschließen zu lassen.

Die Vorsitzende formulierte folgenden Beschlussvorschlag:

**Der Unterausschuss empfiehlt, dem JHA die Änderungen der Förderrichtlinien zu beschließen.**

**Der Unterausschuss empfiehlt, dem JHA und dem Rat die notwendige Finanzierung im Rahmen des Jugendförderplans noch 2010 zur Verfügung zu stellen.**

Nach Abschluss dieses Tagesordnungspunktes verabschiedeten sich Frau Janke-Schmidt. Die Sitzungsleitung übernahm Herr Körber.

## **TOP 5: Handlungsfeld Partizipation – Satzung und Wahlordnung Jugendstadtrat**

Am 29.1.2010 fand die konstituierende Sitzung zum Jugendstadtrat (JSR) im Beisein einiger Mitglieder des Unterausschusses statt. Neun von Schulen, Jugendeinrichtungen und Jugendgruppen benannte Abgeordnete nahmen an dieser Sitzung teil und berieten zusammen mit drei weiteren anwesenden Jugendlichen die vorgelegten Entwürfe der Satzung und der Wahlordnung für dieses neue Partizipationsgremium.  
(siehe Tischvorlagen bzw. Anlagen 2-4)

Herr Engels stellte die wichtigsten Punkte der Satzung und Wahlordnung vor. Er teilte mit, dass es nach erster Prüfung des Rechtsdienstes keine Notwendigkeit einer schriftlichen Einverständniserklärung zur Kandidatur gebe, da mit diesem Schritt keine rechtlichen Nachteile für das Kind verbunden seien, die Angabe der Adresse auf dem Wahlschein sei aber notwendig, um die Kandidaten eindeutig identifizieren zu können.

Die an der konstituierenden Sitzung beteiligten Jugendlichen erhielten von allen Seiten Lob für ihre konzentrierte Mitarbeit, es sei gut, dass es so viele engagierte Jugendliche gebe. Das mit der Satzung vorgegebene Gerüst müsse nun durch die Beteiligung der Jugendlichen und durch Aktionen mit Leben erfüllt werden.

Herr Liedtke erklärte, für ein Jugendgremium erscheine die Satzung zunächst überreguliert, doch müssten diese Dinge in der praktischen Arbeit geregelt werden, und es sei gut, dass es dafür mit dem Solinger Jugendstadtrat ein funktionierendes Vorbild gegeben habe.

Herr Misch und Herr Falk stellten die Frage, welchen Status der JSR habe, ob er als autonomer Verein oder Gruppierung eigenständig sei oder ob er als Organ der Stadt fungiere, worauf vor allem die Wahlordnung mit der Einbeziehung von Bürgermeister und JHA hindeute. Herr Quiter ergänzte, es sei nicht deutlich, wer diese Satzung und Wahlordnung verabschiede, der Jugendstadtrat selbst oder der Stadtrat.

Herr Liedtke erläuterte, der Jugendstadtrat sei nicht autonom, sondern „Jugendstadtrat der Stadt Sankt Augustin“. Die Anbindung an die anderen Organe der Stadt werde in der Satzung deutlich. Ziel der „konstituierenden Sitzung“ sei es gewesen, einen von legitimierten Jugendlichen beschlossenen Entwurf für die Arbeit dieses neuen Partizipationsprojektes zu erhalten. Dieser beschlossene Entwurf solle, wie damals die Konzeption des Kinder- und Jugendparlaments, durch den Beschluss des JHA in Kraft gesetzt und politisch auf den Weg gebracht werden. Anders als beim KiJuPa sei die Legitimation der Mitglieder aber durch eine Urwahl gegeben, diese Wahl müsse durch eine Wahlordnung reguliert werden. Es sei aber tatsächlich mit dem Rechtsdienst noch zu klären, ob dies eine offizielle Satzung sei, die auch durch den Rat beschlossen und veröffentlicht werden müsse oder ob der Stadtrat diese nach Beschluss im JHA nur zur Kenntnis nehmen werde.

Herr Quiter verwies auf den Spagat zwischen der notwendigen Regulierung der Arbeit in der Satzung und der tatsächlichen lebendigen Arbeit der Jugendlichen, die nicht allzu sehr eingeeengt werden dürfe. Wenn sich der JHA die Satzung des JSR zu eigen mache, könne die Verwaltung die notwendigen Ressourcen finanzieller und personeller Art zur Verfügung stellen und Wege finden, um die Jugendlichen auch in anderen Gremien der Stadt zu Wort kommen zu lassen. Bei der Wahlordnung gehe es darum, mit öffentlichkeitswirksamer Unterstützung, auch des Bürgermeisters, dem JSR Legitimität, Wertschätzung und der Wahl Überprüfbarkeit zu geben, ohne die bei offiziellen Wahlen üblichen rechtlichen Regelungen und Folgerungen.

Herr Misch verwies auf die theoretische Möglichkeit eines Doppelmandates für ältere Jugendliche im JSR und im Stadtrat. Christian Preuße erklärte, dies sei aus seiner Sicht kein Problem, den Jugendlichen sei es darum gegangen auch ältere und erfahrenere Jugendliche die Mitarbeit im JSR zu ermöglichen.

Frau Lüder fragte nach der Notwendigkeit einer Erlaubnis der Eltern zur Kandidatur und Mitarbeit im JSR. Herr Engels verwies darauf, dass die Eltern ihren Kindern die Teilnahme an Sitzungen natürlich verbieten könnten und zu Aktionen, wie z.B. Fahrten müssen auch weiterhin eine Einverständniserklärung der Eltern eingeholt werden. Herr Liedtke bestätigte, ein Verbot der Teilnahme sei den Eltern natürlich möglich.

Herr Quiter verwies auf die Erziehungsverantwortung der Eltern, die auch darin bestehe, den Heranwachsenden eine Teilnahme an solchen Mitwirkungsgremien zu ermöglichen und sie sogar zur Teilnahme zu ermutigen. Es stelle sich aber die Frage, ob sich Kinder bei einem tatsächlichen Verbot der Eltern an dieser Stelle auf einen Streit einließen.

Zum Abschluss stellte Herr Quiter fest, dass es bis auf die zu klärenden rechtlichen Fragen keine inhaltlichen Einwände gegen die vom Jugendstadtrat beschlossenen Texte gebe, und dass Einvernehmen bestehe, dass der JHA der Satzung und der Wahlordnung im Sinne einer Konzeption zustimmen könne. Die noch notwendigen Klärungen würden noch vor der Sitzung erfolgen.

Herr Körber dankte den beiden Jugendvertretern für ihre Teilnahme an der Sitzung.

#### **TOP 6: Finanzplan zum Kinder- und Jugendförderplan 2010 - 2014**

Herr Liedtke erklärte, dass der Finanzplan 2010-2014 heute nicht beraten werden könne, da es mit Hinblick auf die Haushaltslage der Stadt verwaltungsintern noch Klärungs- und Beratungsbedarf gebe. In Absprache mit der Vorsitzenden schlug er eine zusätzliche Sitzung des Unterausschusses noch vor der JHA-Sitzung vor, mit dem Ziel, den Finanzplan, dessen Verabschiedung weiterhin für den 23.2. geplant sei, im kleineren Kreis des Unterausschusses vorzubereiten. Die Unterlagen zu dieser Sitzung werden mit der JHA-Vorlage versandt, eine Einladung erfolge kurzfristig. Als Termin wurde **Mittwoch, der 17.2.2010** vorgeschlagen, auf Bitten der Vorsitzenden um **17 Uhr**.

Die Sondersitzung und der Terminvorschlag wurden akzeptiert. Auch Herr Waldästel stimmte zu, teilte aber mit, dass er und Herr Kourkoulos zu diesem Termin Einladungen zu anderen Veranstaltungen hätten. Zudem sei ihm selbst eine Teilnahme nicht vor 18 Uhr möglich. Anmerkungen der SPD-Vertreter würden daher ggf. schriftlich eingereicht.

#### **TOP 7: Aktuelle Infos aus weiteren Handlungsfeldern**

##### **„Prädikat Kinderfreundlich“**

Für das „Prädikat Kinderfreundlich NRW“ wurden in der letzten Sitzung die Beteiligung Jugendlicher an der Planung der Skateranlage und das Ferienprojekt „Augustin Junior“ vorgeschlagen. Die Nachfrage Herrn Liedtkes beim zuständigen Mitarbeiter des Landesjugendamtes ergab, dass die Kinderstadt das interessantere Projekt für eine Prämierung sei. Da die Meldefrist auf den 15.2. verlängert wurde, gab Herr Liedtke bekannt, dass nicht die Stadt als Mitträger der Kinderstadt sich selbst für das Prädikat vorschlage, sondern dass der Vorschlag von Frau Janke-Schmidt als der Vorsitzenden des Unterausschusses eingereicht werde.

##### **Weiberfastnachtsfete**

Die Vorbereitung zur Weiberfastnachtsfete ist weit fortgeschritten. Die Finanzierung ist dank Spenden und Einnahmen aus dem letzten Jahr gesichert. Am 1.2.2010 fand eine Pressekonferenz statt, auf der das erweiterte Sicherheitskonzept und das neue Präventionskonzept vorgestellt wurden, das einen Jugendflyer und einen Elternbrief zum Thema Alkoholmissbrauch, sowie eine gezielte Ansprache von Jugendlichen durch pädagogische Mitarbeiter/innen in einem Wärmzelt beinhaltet, einschließlich des Angebotes einer 0-Promille-Bar durch die Jugendverbände.

#### **Ende der Sitzung**

Herr Körber bedankte sich für die Mitarbeit und schloss die Sitzung gegen 20.10 Uhr.

.....  
Klaus Engels  
(Protokollführer)

.....  
Niklas Körber  
(stellv. Vorsitzender des Unterausschusses)

.....  
Marcus Lübken  
(Beigeordneter)